

Für unsere Kinder das Recht auf Bildung sichern – Schluß mit der Rotstift-Politik im Schulbereich

Pressekonferenz des Landesvorsitzenden der CDU NRW

Dr. Norbert Blüm MdB

Schulpolitik der Regierung Rau im Jahr 1989 — das heißt dramatischer Unterrichtsausfall, besorgniserregender Lehrermangel, größere Schulklassen. Die SPD, einst selbst ernannte Avantgarde des schulpolitischen Fortschritts, ist zum Sanitäter mit dem Pflasterkasten geworden. Mängelverwaltung ist an die Stelle gestalteter Politik getreten. Pädagogik ist nicht mehr gefragt, es regiert der Rotstift.

Woche für Woche fallen rund 300 000 Unterrichtsstunden aus, das sind ca. 11,5 Mio. Stunden im Laufe eines Schuljahres.

Im Ländervergleich ist Nordrhein-Westfalen Schlußlicht geworden. Um den Durchschnitt der anderen Länder zu erreichen, müßte NRW rund 12 000 Lehrer zusätzlich einstellen, im Vergleich zu Baden-Württemberg sogar mehr als 18 000.

Statt jedoch neue Lehrer einzustellen, hat die Landesregierung seit 1981 ca. 15 000 Lehrerstellen abgebaut, das heißt: Jede 10. Lehrerstelle ist gestrichen worden.

Schon jetzt ist erkennbar, daß sich Unterrichtsausfall und Lehrermangel in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen werden:

Die „Talsohle“ der demographischen Entwicklung ist erreicht. Seit 1986 steigen die Geburtenzahlen wieder an.

Hinzu kommen die Kinder der **Über- und Aussiedler**. 1988 waren es ca. 23 000 mehr als im Vorjahr. In diesem und auch im nächsten Jahr werden es wahrscheinlich doppelt so viele sein.

Auf der anderen Seite wächst die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, die aus dem Schuldienst ausscheiden. Waren dies bisher jedes Jahr ca. 2 800 Lehrer, werden es in den 10 Jahren schon rund 4 700 sein. Besonders ungünstig ist die Altersstruktur in den sog. Mangelfächern wie Religion, Sport, Musik und Kunst, Mathematik und Naturwissenschaften sowie den beruflichen Fachrichtungen der berufsbildenden Schulen.



Schon jetzt sind also **dramatische Verschärfungen der Strukturprobleme** absehbar, die in den 90er Jahren eintreten werden, wenn nicht sofort und konsequent gegengesteuert wird. Eine verantwortungsbewußte und vorausschauende Politik muß jetzt die Weichen stellen.

Die CDU NRW fordert eine **grundlegende Umkehr** in der Schulpolitik. Wer die Zukunft unseres Landes sichern will, muß in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder investieren. Daher muß Schluß sein mit der Rotstift-Politik im Schulbereich.

Deshalb muß der Abbau von Lehrerstellen gestoppt werden. Dieses Ziel stellen wir in den **Mittelpunkt unserer Schulpolitik**. Konkret bedeutet dies: Jede Stelle, die durch Pensionierung frei wird, muß mit einem neuen Lehrer besetzt werden. Für das Jahr 1990 bedeutet diese Forderung konkret die Einstellung von 3 000 neuen Lehrern. Nur so läßt sich der Unterrichtsausfall abbauen, nur so kommen junge Lehrer in unsere Schulen, nur so können kleinere Klassen gesichert werden, nur so lassen sich wohnungsnahen Schulen erhalten. Das Jahr 1990 muß der Durchbruch in eine neue Qualität der Schulpolitik in NRW sein. Die CDU NRW wird sich zum Anwalt der Eltern und ihrer Kinder machen, die unter großen Klassen, Unterrichtsausfall und Lehrermangel zu leiden haben. Es muß endlich Schluß sein mit allen Versuchen, nur an den Symptomen zu kuriieren.

Wenn die CDU im nächsten Jahr die Chance zur politischen Gestaltung in Nordrhein-Westfalen erhält, werden wir diese Kurskorrektur an die Spitze der politischen Zukunftsaufgaben stellen.

Wir wollen Ehrlichkeit und Verlässlichkeit schaffen. Es ist unerträglich, daß Jahr für Jahr in einem quälenden Hin und Her um einige wenige Neueinstellungen „gefiebert“ wird. Unsere Schulen brauchen eine mittelfristig verlässliche Perspektive für die Einstellung neuer Lehrer und ehrliche Verfahren zur Berechnung des Bedarfs, die die antiquierten Schüler-Lehrer-Relationen ersetzen.

Wir wollen den Mißbrauch des Erziehungsurlaubes durch die Landesregierung stoppen. 1200 Lehrerinnen bzw. Lehrer nehmen Erziehungsurlaub in Anspruch, doch nur 500 neue werden dafür eingestellt. Das Land spart dadurch 42 Mio. DM, die im Landeshaushalt verschwinden. Damit muß Schluß sein.

Wir wollen das Recht unserer Kinder auf bestmögliche Bildung und Förderung sichern. Ihre Zukunft ist zu wichtig, als daß sie dem Rotstift geopfert werden dürfte. Jedes Kind hat nur einmal die Chance für eine gute schulische Ausbildung. Wer hier spart, wie es die Regierung Rau tut, handelt verantwortungslos und kurzsichtig. Wem die Zukunft unserer Kinder, wem die kindgerechte Schule etwas wert ist, muß jetzt handeln. Prioritäten setzen und „investieren“. Die CDU ist dazu bereit.

SPD macht Rückzieher bei der Radikalen-Diskussion

Von Dr. Bernhard Worms MdL, Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Die SPD hatte im Juni im Landtag einen Antrag eingebracht mit dem Titel „Rechtsradikale Einflußnahme auf Jugendliche“. Zeitpunkt und Inhalt des Antrages deuten daraufhin, daß die SPD den Versuch unternommen wollte, uns in die rechte Ecke zu rücken.

WIR haben diesen Antrag von vornherein für schädlich gehalten, weil wir nach wie vor der Auffassung sind, daß öffentliche Diskussionen über Republikaner und andere Parteien am rechten Rand nur geeignet sind, diese Gruppierungen aufzuwerten und ihnen zu Publizität zu verhelfen.

WIR haben allerdings auch keine Verlassung, uns vor einer solchen Debatte zu fürchten.

WIR werden uns aber gegen die Einäugigkeit wehren, mit der die SPD versucht, die Radikalen-Diskussion auf den Rechtsradikalismus zu beschränken.

FÜR UNS ALS CDU sind Links- und Rechtsradikale gleichermaßen schädlich für unsere Demokratie.

WIR werden jede Form von Extremismus bekämpfen und wir sind dabei, im Gegensatz zur SPD, weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind.

SPD-Argumentation ist mehr als grotesk

Nun ist dieses Vorhaben der SPD, uns in die Nähe der Rechtsradikalen zu rücken,

unversehens zu einer Groteske geraten, kurz nach der Einbringung des Antrages wurden die „Koalitionsverhandlungen“ führender SPD-Mitglieder mit den Grünen bekannt. Die SPD hat unfreiwilligerweise mit dieser Diskussion das Sommerloch gefüllt, wobei dieser Vorgang insbesondere den Herren Rau und Farthmann sehr peinlich war, denen diese Gespräche führender SPD-Leute mit Grünen, nicht in das wahlkampftaktische Konzept passen. Diese Diskussion hat nämlich im übrigen daran erinnert, daß die SPD es war, die mit ihren Koalitionen mit den Grünen Radikale auf dem linken Flügel hoffähig gemacht hat. Es wurde wiederum deutlich, daß in den Führungsgremien der Grünen eine Vielzahl ehemaliger Angehöriger kommunistischer Gruppierungen sitzt, die ihr Ziel der Gesellschaftsveränderung nach wie vor nicht aufgegeben haben. Die Weigerung der Grünen, das Gewaltmonopol des Staates anzuerkennen, ihre Forderung nach einem Austritt aus der NATO und die bekannten sonstigen extremen Standpunkte der Grünen wurde erneut diskutiert; peinlich für die SPD, die in den Grünen nach wie vor einen tauglichen Koalitionspartner auch auf Bundesebene sieht. Der Gipfel der Peinlichkeit wurde dann erreicht, als be-



kannt wurde, daß diese Gespräche hinter dem Rücken der Parteivorsitzenden und potentiellen Kanzlerkandidaten Vogel und Lafontaine geführt wurden.

Diese öffentliche Diskussion hat der SPD im Landtag einen Strich durch die Rechnung gemacht. Vielleicht haben sich die Initiatoren, die in ihrem Antrag Bildungsmaßnahmen für Jugendliche fordern, mittlerweile auch überlegt, daß sie seit 23 Jahren für die Schulpolitik in Nordrhein-Westfalen verantwortlich sind.

Möglicherweise ist ihnen bei dieser Gelegenheit sogar die Erleuchtung gekommen, wie falsch sie gehandelt haben, als sie das Fach „Geschichte“ in unseren Schulen streichen wollten zugunsten eines dubiosen Sozialkundeunterrichts. DIE jungen Menschen, die heute wegen fehlender Geschichtskenntnisse hinsichtlich der Vorgänge während der verbrecherischen Nazi-Diktatur für rechtsradikale Parolen empfänglich sind, sind schließlich die Produkte einer nordrhein-westfälischen Schulpolitik, für die seit über 20 Jahren die SPD verantwortlich ist.

Vielleicht ist Herrn Rau und Herrn Farthmann mittlerweile auch endlich aufgegangen, daß auch eine Vielzahl von SPD-Anhängern, aber auch SPD-Parteimitglieder sich nach repräsentativen Umfragen durchaus vorstellen können, bei kommenden Wahlen für die Republikaner zu stimmen.

Wir bleiben die Partei der Mitte

Welche Motive hier auch immer eine Rolle gespielt haben, jedenfalls hat die SPD ihren Antrag zunächst wieder zurückge-

zogen und hofft wohl, daß er endgültig in der Versenkung verschwindet.

Wir werden uns jedenfalls von niemandem in die rechte Ecke drängen lassen; die CDU bleibt die Volkspartei der Mitte. Einäugigkeit bei der Bewertung radikale Gruppierungen kann uns niemand vorwerfen. Es wäre auch kein CDU-Minister denkbar, der wie der nordrhein-westfälische SPD-Innenminister Schnoor, den Aufruf einer radikalen Partei unterschreibt und dann mit peinlicher Begründung wieder seine Unterschrift zurückzieht. Diesen Vorgang muß man sich im übrigen auf der Zunge zergehen lassen: der Verfassungsminister unseres Landes unterschreibt einen Aufruf der DFU, einer DKP-nahen Gruppierung, die er in seinem eigenen Verfassungsschutzbericht völlig zu Recht als „linksradikal“ bezeichnet.

SPD-Anbiederung an Rechtsradikale

Um die Peinlichkeit auch dieses Vorgangs deutlich zu machen: man stelle sich nur vor, ein Innenminister der CDU würde einen Aufruf der Republikaner oder einer noch rechteren Gruppierung unterschreiben: ein solcher Vorfall würde von der SPD sofort als unerhörte Anbiederung bei Rechtsradikalen angeprangert und mit lauter publizistischer Empörung begleitet.

Bei einem SPD-Minister dagegen ist die Anbiederung an Kommunisten offensichtlich kaum der Rede wert, auch wenn es sich ausgerechnet um DEN Minister handelt, dessen Aufgabe der Schutz der Verfassung ist.

Quod licet Jovi, non licet bovi?

CDU nimmt Herausforderung der Drogenproblematik an

Werkstattgespräch der CDU im Landtag

Mit Medizinern und Drogenberatern, fachkundigen Mitarbeitern aus Justizvollzugsanstalten und Polizei, Vertreterinnen der Eltern drogenabhängiger Kinder und Drogenberatungslehrern führte die CDU-Landtagsfraktion im nordrhein-westfälischen Landtag ein Werkstattgespräch unter dem programmatischen Titel durch: „Gegen Kapitulation und Resignation — Nordrhein-Westfalen muß die Herausforderung Drogen annehmen“.

Die Kritik der Drogenexperten an der Politik der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung war hart. Von einem ausreichenden Angebot an Therapieplätzen für Drogenabhängige könne in Nordrhein-Westfalen keine Rede sein. Wartezeiten für therapiewillige Drogenabhängige zwischen 3 und 8 Monaten sind die Regel. Das widerlegt die ständig vorgetragene Behauptung des zuständigen Ministers Heinemann, die Zahl der Therapieplätze in Nordrhein-Westfalen reiche aus.

Tatsache ist: Die Ziele des Landesdrogenprogramms 1980 sind in Nordrhein-Westfalen bis zum heutigen Tage bei weitem noch nicht erreicht. Die Zahl der in der Drogenprophylaxe beschäftigten Fachkräfte (33 für ganz Nordrhein-Westfalen) ist geradezu lächerlich gering. Vor dem Hintergrund des angestiegenen Problemdrucks ist auch die von der Landesregierung nunmehr in Aussicht gestellte Erhöhung der Zahl dieser Fachkräfte um 15 zu wenig. Denn auch nach dieser Erhöhung stünde noch nicht einmal für jeden Kreis im Lande Nordrhein-Westfalen eine Drogenfachkraft zur Verfügung.

Massiv kritisiert wurde auch das zu geringe Angebot an Entgiftungsmöglichkeiten

in entsprechend qualifizierten Einrichtungen im Lande Nordrhein-Westfalen. Bisher gibt es nur eine zentrale Entgiftungseinrichtung in Hagen-Hohenlimburg mit einer Wartezeit von 3 bis 5 Wochen. Und angesichts der monatelangen Wartefristen für einen Therapieplatz stellt sich immer noch die Frage, was mit einem Therapiewilligen nach der Entgiftung geschieht. Die meisten, so die Fachleute, landen dann doch wieder in der Szene.

Dringend notwendig sei ein differenzierteres Angebot an Therapieplätzen. Die heute bestehenden vollstationären Einrichtungen müssen durch Tageskliniken, Nachtkliniken, ambulante und teilstationäre Angebote ergänzt werden.

Kennzeichen des Dilemmas der nordrhein-westfälischen Drogenpolitik ist die Tatsache, daß 1989 vom Land nicht mehr Mittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden als bereits 1981. So erhalten von 200 anerkannten Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen nur 146 die Grundförderung des Landes in Höhe von 40 000,— DM, die in dieser Höhe im übrigen seit 1979 unverändert ist. Eine verstärkte Förderung der Drogenberatungsstellen und der Fachkräfte ist dringend

erforderlich, weil das Land bei der Finanzierung eine wichtige Vorreiterrolle hat. Hart kritisiert wurde die mangelnde Verlässlichkeit von politischen Zusagen in Nordrhein-Westfalen. Ganz offensichtlich fühlen sich die Träger der Drogenarbeit vom Land im Stich gelassen.

Im Stich gelassen fühlen sich die Fachleute auch im Kampf gegen die „Bürokratur der Leistungsträger“. Die starke Verbürokratisierung der Drogenarbeit führt zur Ineffizienz. Es sei unbegreiflich, warum Nordrhein-Westfalen nicht dem Beispiel etwa des Landes Hessen folge, die Kostenzusage für die Therapie Drogenabhängiger von einer einzigen Stelle regeln zu lassen und den anschließenden Papierkrieg mit den verschiedenen Leistungsträgern verwaltungsintern zu erledigen. In Nordrhein-Westfalen komme das Bemühen, einen therapiewilligen Drogenabhängigen tatsächlich auch in einer therapeutischen Einrichtung unterzubringen, einer Odyssee durch die Verwaltungen gleich.

Als „infam“ wurde die Aussage des neuen Landesdrogenberichts gewertet, daß „Nachsorge nicht mehr in Anspruch genommen“ werde. Natürlich könnte die Nachsorge nicht in Anspruch genommen werden, wenn sie systematisch in Nordrhein-Westfalen kaputtgemacht werde. Es gebe nur noch 36 Plätze für die stationäre Nachsorge, doch diese seien in Gefahr, da sich die Kostenträger seit Jahren um die Finanzierung streiten. Dringend erforderlich seien sowohl stationäre Nachsorgeplätze (Wohnen und Arbeitsplätze) und ergänzende ambulante Nachsorgeangebote. In der Tat: Der Erfolg einer Therapie bei Drogenabhängigen ist oft von der Qualität der Nachsorge abhängig.

Resümee:

Die Anhörung hat deutlich gemacht, wo angepackt werden muß, damit das Land Nordrhein-Westfalen die Herausforderung Drogen endlich tatkräftig und effizient annehmen kann. Es ist unverantwortlich, die Augen vor der weiteren Ent-

SPD-Haushalt Beispiel unsolider Finanzpolitik

Zur Einbringung des Landshaushalts 1990 durch Finanzminister Heinz Schleusser erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Schauerte:

„Der vorgelegte Haushalt ist ein weiteres Beispiel der höchst unsoliden Finanzpolitik der Landesregierung. Die Erhöhung der Netto-Neuverschuldung auf 6 Milliarden DM ist verantwortungslos. Dieser Haushalt ist nicht an den Bedürfnissen orientiert. Er ist ein reiner Wahlkampfhaushalt. Der Finanzminister wirft darüber hinaus Nebelkerzen im Bereich der Personalentwicklung. Er gibt vor, 2200 neue Stellen zu schaffen. Statt dessen weist der vorgelegte Haushalt insgesamt 550 Stellen weniger aus.“

wicklung im Drogensektor zu verschließen. Die Bekämpfung von Drogenabhängigkeit muß einen genauso hohen Stellenwert in der nordrhein-westfälischen Landespolitik bekommen wie die Aufklärung vor den Gefahren der AIDS-Infektion.

1 Es besteht kein Anlaß zur Resignation vor der Herausforderung Drogen. Es gibt viele erfolgversprechende Möglichkeiten der Suchtvorbeugung ebenso wie der Hinführung Abhängiger zur Drogenfreiheit.

2 In Nordrhein-Westfalen werden die Chancen zur Bekämpfung von Drogenabhängigkeit nur halbherzig unterstützt. Nicht die Drogentherapie hat versagt, sondern die politisch Verantwortlichen in der Regierung Rau.

3 Die Stagnation der Mittel zur Drogenbekämpfung seit 1981 (1981 12 Mio., 1989 12 Mio.) ist unverantwortlich. Der deutlich gestiegene Problemdruck macht mehr Personal, mehr Aufklärung und finanzielle Absicherung der Beratungsstellen und Kliniken nötig.

4 Der bürokratische Dschungel der Leistungsträger liegt wie eine Bleiplatte auf den Drogenberatern und Therapeuten. Das Land Nordrhein-Westfalen muß umgehend Rechtssicherheit und vereinfachte Bewilligungsverfahren herbeiführen. Was in Hessen und anderen Bundesländern funktioniert, kann in Nordrhein-Westfalen auch getan werden.

5 Eine erfolgversprechende Drogenarbeit muß stärker Eltern und Lehrer einbeziehen, als das bisher geschieht.

6 Die CDU-Landtagsfraktion wird bei den Haushaltsberatungen 1990 darauf drängen, daß die Mittel für die Aufklärung, Therapie und Nachsorge Drogenabhängiger gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr von 12 auf 25 Mio. DM verdoppelt werden. Durch Streichungsvorschläge an anderer Stelle für weniger wichtige Vorhaben wird diese notwendige Verstärkung der Bemühungen im Kampf gegen die Drogen möglich sein, ohne das Haushaltsvolumen insgesamt (und damit die Verschuldung des Landes) zu erhöhen.

Kohle-Einigung: Wir haben Wort gehalten

Der Generalsekretär der NRW CDU, Dr. Helmut Linssen, hat das Ergebnis des Kohle-Spitzengesprächs als „entscheidenden Durchbruch zur Sicherung der heimischen Kohle“ begrüßt.

Hiermit sei der Jahrhundertvertrag bis 1995 gesichert. Insbesondere freue die NRW CDU die Tatsache, daß NRW-Ministerpräsident Johannes Rau dieses Ergebnis „zustimmend“ zur Kenntnis genommen habe.

Linssen hob hervor, daß die Einigung über die Vorlage des Experten-Berichts im Frühjahr 1990 ganz entscheidend auf den Druck zurückzuführen sei, den die NRW CDU in dieser Frage ausgeübt habe. Linssen wörtlich: „Wir haben den Bergleuten unser Wort gegeben, daß ihnen noch vor der Landtags- und Bundestagswahl 1990 eine konkrete Perspektive eröffnet wird. Wir haben Wort gehalten.“

Termine

- | | | | |
|-------------|-----------|---|----------|
| 4. 9. 1989 | | WIV NRW
Staatssekretär Dr. Gauweiler zum Thema
„Deutsche Innenpolitik“
(Auskünfte: Herr Lehnens,
Telefon [02 11] 1 36 00 50) | Aachen |
| 5. 9. 1989 | 20.00 Uhr | Konrad-Adenauer-Stiftung
Krefelder Kolloquium: „Alltag in der DDR“,
Parkhotel Krefelder Hof
(Auskünfte: Telefon [02 41] 6 50 71) | Krefeld |
| 6. 9. 1989 | | WIV NRW
Heinrich Lummer: „Rot-Grüne Erfahrungen
in Berlin“
(Auskünfte: Herr Lehnens,
Telefon [02 11] 1 36 00 50) | Iserlohn |
| 19. 9. 1989 | 11.00 Uhr | Konrad-Adenauer-Stiftung
Eröffnung des Bildungswerks Aachen mit
Dr. Bernhard Vogel, Kurt Malangré, MdEP,
Hans Peter Schmitz, MdB
(Auskünfte: Telefon [02 41] 6 50 71) | Aachen |
| 20. 9. 1989 | 14.00 Uhr | MIT NRW
4. Landestagung
(Auskünfte: Herr Fenske,
Telefon [02 11] 1 36 00 49) | Bochum |
| 20. 9. 1989 | 18.00 Uhr | WIV BV Ruhrgebiet
Informationsveranstaltung
„Bedeutung der Aus- und
Weiterbildungszentren im Ruhrgebiet“
(Auskünfte: Herr Lehnens,
Telefon [02 11] 1 36 00 50) | Duisburg |